

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2012

Nr. 03 · 8. Jahrgang

Links informiert

3 Landesparteitag in Blossin/
Wahlalter 16

Potsdam Mitte/Ortsteile Nord

6–8 Werkstattverfahren/Recht
auf Stadt/Friedrich II.

Original sozial

10/11 20 Jahre AG Seniorenpolitik/
Internationaler Frauentag



„Mitteschön“ verliert allmählich jedes Maß

Staudenhof 10 soll bleiben/DIE LINKE.Potsdam: „Dafür werden wir weiter streiten!“

„Über die Stadtplanung in Potsdam entscheiden die demokratisch gewählten Gremien und nicht die Interessen einzelner Lobbyisten, die anscheinend gern in einem Museum wohnen möchten. Nachdem die

Bürgerinitiative „Mitteschön“ erfolgreich um die Wiederbebauung am Alten Markt gekämpft hat und in Teilen ihre Vorstellungen zu den Leitbauten in die Diskussion zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte einbringen konnte, scheinen die dort engagierten Menschen jedes Maß zu verlieren – wenn sie erneut den Abriss des Wohnblocks am Alten Markt fordern“, so Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam. „Die Potsdamer Initiative Mitteschön, welche sich der Gewinnung der historischen Innenstadt verschreibt, hat mit kruden Argumenten Anfang Februar den

Abriss des Staudenhofs gefordert, und sich argumentativ dabei in die Zeit der Blockkonfrontation begeben“, findet Moritz Kirchner, Ortsverbandsvorsitzender Potsdamer Mitte. Der Staudenhof mit seinen 182 Wohnungen, die zu den wenigen bezahlbaren Wohnräumen in der Innenstadt gehören, erfülle daher eine wichtige soziale Funktion in dieser Stadt. Selbst die Stadt hat Klipp und klar gesagt, dass der Wohnblock erhalten werden soll, unterstreicht Kirchner. „Hierfür werden auch wir weiterhin streiten. Wenn Mitteschön schon historische Irrwege anführt, so muss klar gesagt

werden, dass die Geschichte der Stadt auch aus der DDR-Geschichte besteht und nicht nur aus altpreußischen Projektionen. Wenn jetzt in der Potsdamer Innenstadt alles einem bestimmten Schönheitsideal des lautstarken Bürgertums unterworfen wird, so erfüllt Potsdam nicht seine Kernaufgabe, nämlich eine Stadt für alle. Und zudem: Auch die Zeit, der Mitteschön offenkundig hinterher trauert, hatte mehr als genug Irrwege“, so Kirchner. Zum Abschluss sei die Frage gestattet, wer eigentlich legitimiert ist, den historischen Zeitpunkt festzulegen, wie Potsdam heute aussehen soll?

Kaufhalle zum Teufelssee mit Kaiser's

Seit mehreren Monaten ist die Kaufhalle zum Teufelssee geschlossen. Die Proteste der Bewohner der Waldstadt II, gebündelt durch die Bürgerinitiative für den Erhalt des Standorts, hatten dazu geführt, dass die Firma Semmelhaack entsprechend reagierte. Auf einer gut besuchten Einwohnerversammlung verkündete der Vertreter der Firma,

dass in das an Stelle der alten Kaufhalle zu bauende Haus eine neue Verkaufsstelle integriert werden könnte. Zum Redaktionsschluss der Februar-Ausgabe der „PaS“ war jedoch noch nicht Konkretes zu vermelden. Unsere Redaktion sprach in der Zwischenzeit mit Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der

Potsdamer SVV. Hier ein Zwischenstand aus seiner Sicht: „Durch meine Vermittlung kamen Gespräche mit der großen Handlungskette Kaiser's zustande. Nach längerer Prüfung kam jetzt das Signal, dass bei Kaiser's eine verbindliche Unternehmensentscheidung getroffen wurde für den Standort in der Waldstadt II.“ Mehr siehe Seite 5

Auf ein Wort...

Gleichberechtigung – eine weltweite Forderung

Das Wahlrecht? Haben die Frauen bekommen. Studieren? Längst selbstverständlich. Berufstätig sein? Zu-



mindest Gesetze stehen dem nicht mehr im Wege. Viel ist passiert, seitdem vor 101 Jahren der erste Internationale Frauentag begangen wurde. Das ist gut so, aber kein Grund, das Projekt „Gleichberechtigung“ abzuhaken. Nur 101 Jahre ist es her, da diskutierte man noch über das Wahlrecht. „Können Frauen wählen? Sollen wir ihnen das wirklich erlauben?“ Solche Fragen wurden damals gestellt. Ja, da ist einiges passiert. Vor allem in Europa. Trotzdem ist die Diskussion noch nicht zu Ende. Das ist ein Grund, den Frauentag als symbolträchtiges Datum auch weiterhin zu schätzen.

Ein zweiter Grund ist, dass es unglaublich viele Mädchen und Frauen auf der Welt gibt, die von Gleichberechtigung nur träumen können. Wenn sie überhaupt schon auf die Idee gekommen sind, dass sie auch etwas wert sind. Drei Viertel der Armen weltweit sind weiblich. In vielen Ländern haben sie keinen Zugang zu Bildung, Mädchen wird der Schulbesuch verweigert. HIV-positive Frauen und Mädchen werden in vielen Ländern schlecht oder gar nicht behandelt, weil sie

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Ostermarsch in Potsdam

Der 11. Potsdamer Ostermarsch –

für eine atomwaffenfreie Welt ohne Krieg, gegen Faschismus, Armut und soziale Ausgrenzung –

findet am Sonnabend, 31. März 2012 statt.

Treffpunkt: 14.00 Uhr auf dem Luisenplatz in der Landeshauptstadt.

(Fortsetzung von SEITE 1)

nichts zählen. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon sprach in seiner Botschaft zum 100. Internationalen Frauentag 2011 zwar von signifikanten Fortschritten bei der Gleichberechtigung, aber nicht ohne gleichzeitig anzuklagen, dass „Frauen in zu vielen Gesellschaften und Ländern immer noch Bürger zweiter Klasse sind“. Nicht zuletzt deshalb haben die Vereinten Nationen eine neue Abteilung gegründet, die „UN Women“ – im Jahr 2011, 100 Jahre nach dem ersten Frauentag. Wer sich darüber wundert, muss sich nur umsehen...

Jan Hanisch,
Vorsitzender des Ortsverbandes Nördliche Ortsteile DIE LINKE.Potsdam

Unverfälschte Zahlen müssen her

Nach Einsicht in die Änderungen in den Planungsunterlagen „Bebauungsplanes 125“ gibt das Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ folgende Stellungnahme:

1. Änderungen auf Grund von Interessen der betroffenen Grundstückseigentümer.

Der vorgelegte Kompromiss rückt den Weg eindeutig vom Ufer weg. Es entstehen mehr Seegärten. Die Erlebbarkeit der Natur

wird für die Öffentlichkeit auf wenige Punkte reduziert.

Die vorgelegten Änderungen sind nur zu akzeptieren, wenn diese auf Grund der Eigentumsverhältnisse zu begründen sind.

2. Die Landeshauptstadt besitzt bei ca. 25 Grundstücken den Uferstreifen und plant diesen zu privatisieren und damit der Öffentlichkeit dauerhaft zu entziehen.

Der von der Verwaltung nach der letzten Auslegung erarbeiteten



Stilles Gedenken am Hiroshima-Nagasaki-Platz



Eine Glocke wurde geschlagen. Und die rund 30 PotsdamerInnen – darunter auch Stadtverordnete und Mitglieder des Ortsverbandes Babelsberg der Partei DIE LINKE – gedachten am 12. Februar schweigend der Opfer der Natur- und Atomkatastrophe in Fukushima vom März 2011. Vorher hatte Uwe Fröhlich, Sprecher des Kreisvorstandes der Grünen, den Bogen von den Toten der Bomben auf Hiroshima und Nagasaki bis zu den Opfern von Fukushima geschlagen. Fröhlich forderte den konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien.

Abwägungsvorschlag bezüglich des „freien Zuganges zum Wasser“ (Punkt 5.1.) ist nur bei Interessen der betroffenen Grundstückseigentümer anwendbar. Bei oben genannten Grundstücken gibt es jedoch nur Interessen von potentiellen Besitzern. Es wird deshalb gefordert, dass in diesen Bereichen der Uferweg ufernah geplant wird und nur der obere Teil zwischen Uferweg und Privatgrundstück veräußert wird. Weiterhin wird gefordert, dass der Verkauf der von der Landeshauptstadt nicht benötigten Flächen transparent erfolgt. Die Landeshauptstadt darf dabei nicht davon ausgehen, dass nur die Anlieger diese Grundstückflächen erwerben wollen.

3. Flächenbedarfsberechnung. Die Änderungen in der Flächenbedarfsberechnung der Abschnitte 7.1 der Versionen vom 01.12.2010 zu der vom 02.11.2011 sind nicht schlüssig. Nach diesen Zahlen wäre die Summe aus Verkehrsfläche und Öffentlicher Grünfläche von 31624 auf 34173 m², d.h. um 8% gestiegen. Wenn dies der Fall sein sollte, hätte im gleichen Maße ein anderer Flächenbedarf sinken müssen. Es wird gefordert, dass für ein transparentes, nicht anfechtbares Verfahren, mit unverfälschten Zahlen gearbeitet wird.

Dr. Stephan Worsack,
Vertrauensperson
des Bürgerbegehrens

ACTA? AD ACTA!

DIE LINKE betrachtet Filtermaßnahmen im Internet grundsätzlich als Zensurmaßnahmen und lehnt diese ab. Sie beeinträchtigen unzulässig das Recht auf freien Informationszugang und freie Meinungsäußerung. Unser Ziel ist es, die offene Technologie des Netzes zu bewahren und so sein Innovations- und Entwicklungspotential zu fördern. Mit großer Empörung und Sorge sieht der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam die geplante und in Teilen schon vollzogene Unterzeichnung des „ACTA“ (Anti-Counterfeiting Trade Agreement)-Abkommens durch die Europäische Union. „ACTA“ ist ein weltweites Abkommen zwischen Unternehmen und Staaten, welches Konzernen erlauben könnte, das Internet im hohen Maße zu zensieren. Das Abkommen wurde von wenigen Ländern wie den USA, Japan und EU-Ländern, Australien und von Vertretern von Weltkonzernen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt. Die Unterzeichnung des Vertrages würde einen neuen, nicht gewählten „ACTA-Ausschuss“ ins Leben rufen, der es privaten Interessen erlauben würde, alles zu überwachen, was Menschen online machen. Weiter könnten die Konzerne mit Hilfe der Landesjustiz dadurch drakonische

Bußgelder bis hin zu Gefängnisstrafen gegen alle Menschen verhängen, die angeblich ihren Geschäften schaden.

Das „ACTA“-Abkommen bedroht die Freiheit aller InternetnutzerInnen, verstärkt die Überwachung aller dieser Menschen und schränkt den Zugang zur Kommunikation und Kultur im Internet ein. Dieses Abkommen wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geheim erarbeitet und ist damit höchst undemokratisch. Der Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam unterstützt die Proteste gegen eine Zensur und Kontrolle des Internets durch die Konzerne.

Mehr Spaß an Politik durch solidarisches Klima

Rund 25 Interessierte aus vier Kreisverbänden kamen Ende Januar in Potsdam zusammen, um sich angesichts beunruhigender Umfragewerte für DIE LINKE und eigener Unzufriedenheiten über Chancen für Veränderungen zu streiten – konstruktiv, versteht sich. „Aufhänger“ waren öffentliche Stellungnahmen, darunter auch von Sascha Krämer und Dittmar

Zengerling aus Potsdam, die beispielsweise mehr Solidarität im Umgang miteinander sowie eine kritikfreudige und innovative Zusammenarbeit im Landesverband einfordern.

Die Debatte war lebhaft. Mehrere junge Leute wünschten sich Akzeptanz für ihr Engagement für bestimmte Themen und mit ihren Arbeitsformen. Die einen forderten bessere Information durch Vorstände, die anderen mehr das aktive Abrufen verfügbarer Infos durch die Mitglieder selbst. Erfrischend wirkte die Schilderung einer älteren Teilnehmerin, wie die Genossen ihrer Basisgruppe ihren Vorsitzenden entlasten, solange der eine Ausbildung macht – jeder tut eben einfach, was er kann. Aus solchem Gemeinschaftsgefühl entsteht Spaß an der Politik.

In solchem Klima entstünde mehr offener Meinungsaustausch vor Entscheidungen und damit eine stärkere politische Ausstrahlung. Dabei bleibe das persönliche Gespräch immer am wichtigsten, unterstrich der Potsdamer Kreisvorsitzende Krämer, Internet & Co. könnten das aber sinnvoll ergänzen. In diesem Sinne nahm er auch die konkrete Anregung mit, dass die Stadtfraktion vor der nächsten Haushaltsentscheidung ihre Vorstellungen persönlich im Kreisvorstand vorstellt. Diesen und andere Denkanstöße aus der Debatte gaben die Potsdamer zum Landesparteitag im Februar weiter.

-ed

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE
LINKE.Potsdam; Sascha Krämer,
Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Pots-
dam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam;
Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk,
Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout;
Jens Hörnig, Reisen, Service; Ger-
linde Krähnert, freie Mitarbeit; Re-
nate Frenz, Redaktionssekretariat;
Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;
email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbranden-
burgische Sparkasse, Kto-Nr.
3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000

LeserInnen. Nachdruck, auch aus-
zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-
nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht aus-
drücklich als Stellungnahme des
Kreisvorstandes und/oder der Redak-
tion gekennzeichnet sind, stellen die
persönliche Meinung des/der AutorIn
dar. Für unverlangt eingesandte Ma-
nuscripte bzw. Fotos kann keine Haf-
tung übernommen werden. Für die
Veröffentlichung von Leserpost behält
sich die Redaktion das Recht sinn-
wahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH
Neubrandenburg.

Selbstbewusst und weiter erfolgreich

Aufbruchstimmung beim Parteitag in Blossin/Vier Potsdamer im Landesvorstand

„Das war ein richtig guter Parteitag, die Debatten waren intensiv und emotional, aber sachlich“, schätzten Potsdamer Delegierte den Landesparteitag in Blossin ein. Vor allem mit der Haltung zu neuen Tagebauen im Rahmen der Energiestrategie setzte man sich heftig auseinander. Eine knappe Mehrheit erreichte ein Antrag, der dem Landesverband das konsequente Engagement für einen schnellstmöglichen Verzicht auf Braunkohletagebau auf die Fahnen schreibt. Auch zur Bildung und zum Verfassungsschutz gab es zahlreiche Impulse, die sicher weiter im Gespräch bleiben. Auffallend viele junge Delegierte meldeten sich zu Wort. Dass die in der Regierung errungenen Erfolge für das Land Brandenburg selbstbewusster in den Blickpunkt gerückt und konkret benannt werden müssten, bekräftigten neben Protagonisten der „Regierungsmannschaft“ wie Helmuth Markov auch Basisvertreter aus Kreisverbänden. Die frische und anregende Debatte zeigte wie die Plakate im Tagungsraum, dass DIE LINKE mit der Einführung des Wahlalters 16, Neueinstellungen von Lehrern oder auch der Abschaffung der Residenzpflicht im Land zahlreiche Projekte für mehr Demokratie und

Gerechtigkeit umsetzen konnte. Kritische Töne wiesen auf „Baustellen“ hin, die in den nächsten Jahren auch ein besser wahrnehmbares außerparlamentarisches Engagement des Landesverbandes erfordern.

Dazu hatte sich der neue Landesvorsitzende Stefan Ludwig, der sich mit 98 Ja-Stimmen und einem Stimmenanteil von 75,97 Prozent über einen guten Start freuen konnte, in einem Gespräch mit Vertretern des Potsdamer Kreisvorstands ausdrücklich bekannt. Er folgt damit Thomas Nord, der sich nach sieben Jahren künftig auf die Arbeit im Bundesvorstand der LINKEN konzentrieren will und nicht mehr kandidierte. Bei seiner Verabschiedung erhielt er stehende Ovationen und war sichtlich gerührt. Neben Stefan Ludwig stehen im Landesvorstand vier Stellvertreter an der Spitze, um die Arbeit im Team leisten zu können. Potsdam stellt mit Gerlinde Krahnert und Norbert Müller (Linksjugend) zwei stellvertretende Landesvorsitzende, darüber hinaus wurden Diana Golze und Thomas Domres gewählt. Während Müller die Verankerung der Linksjugend im Vorstand verstetigen will, steht Krahnert für „einen kurzen Draht“ zu den Regierungsmitgliedern der

Partei. Neue Landesgeschäftsführerin in der Nachfolge von Maria Strauss ist Andrea Johlige und Landeschatzmeister bleibt Matthias Osterburg – mit dem Traumergebnis von 100 Prozent. Mit guten Ergebnissen wählten die Delegierten auch die Potsdamer Katharina Dahme (Linksjugend) und das Kreisvorstandsmitglied Alexander Frehse in den Landesvorstand, die sich vor allem der außerparlamentarischen Arbeit verschreiben. Nicht zuletzt steuerte der Kreisverband mit der satirischen Abendveranstaltung „Die LINKE lacht...“, in der Moritz Kirchner mit viel Spaß politische Witze präsentierte, auch eine ganz andere Facette für ein Gefühl der Verbundenheit im Landesverband bei.

Rot-rot tut Brandenburg gut

Am ersten Tagungstag verwies Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident Helmuth Markov eindringlich auf die Erfolge in der rot-roten Regierung in Brandenburg. DIE LINKE habe sich 2009 mit ihrem Wahlprogramm vorgenommen, einen Wandel einzuleiten, sagte Markov. „Wir sind auf dem Weg“, so Markov. Es sei aber auch klar gewesen, dass nicht alles

auf einmal zu schaffen sei. „Dieses Rot-Rot tut Brandenburg gut. Wir regieren nicht mit, wir regieren“, erklärte Markov in Blossin. Thomas Nord bekräftigte, dass die Partei mit Übernahme der Verantwortung in einer rot-roten Koalition wesentlich mehr für die Bürgerinnen und Bürger erreichen konnte, als es in der Opposition möglich gewesen wäre. „DIE LINKE ist



Der neue Landesvorsitzende Stefan Ludwig.

die Partei der sozialen Frage und steht für soziale Gerechtigkeit.“ Der neue Landesvorsitzende Stefan Ludwig verwies unter anderem auf das Vergabegesetz mit Mindestlöhnen bei öffentlichen Aufträgen und die Einstellung von 2.000 statt 1.250 Lehrern in den Schulen. Alle Haushalte des Landes soll in den nächsten Wochen eine Postwurfsendung erreichen, auf der konkret über die gute Bilanz informiert wird, kündigte Fraktionschefin Kerstin Kaiser an.

Am zweiten Tag stimmte die Bundesvorsitzende der LINKEN, Gesine Loetzsch, mit einer motivierenden Rede auf weitere Herausforderungen ein. Sie kritisierte den Ausschluss der LINKEN bei der Besetzung des Bundespräsidentenamtes – damit verbreite Merkel an fünf Millionen Wähler die Botschaft: „Ihr gehört nicht dazu.“ Mit den Themen dieses Tages wie der Parteiliste, Bildungsfragen und der Leitbilddebatte bereitete sich der Landesverband auf bevorstehende Aufgaben vor. Insgesamt war deutlich eine Aufbruchstimmung zu spüren, die der neue Landesvorsitzende Stefan Ludwig mit dem Dank an die Delegierten für Geleistetes zusammenfasste mit dem Schlusswort: „Wir freuen uns auf zwei Jahre Arbeit!“ -red.



„Presseauswertung“ in den Pausen Fotos: -ed

Erstmals dürfen 2014 Jugendliche ab 16 Jahren in Brandenburg zu den Landtags- und Kommunalwahlen wählen. Das ist eine völlig neue Generation. In keinem anderen Bundesland hat die Herabsetzung des Wahlalters aber bisher zu einer Steigerung bei der Wahlbeteiligung geführt. Das lag auch an den herkömmlichen Wahlkampagnen der traditionellen Parteien. Lediglich in Berlin konnte vor allem die Piratenpartei junge WählerInnen mit modernen Wahlkampfmethoden gewinnen. Eine neue Generation hat einen

Wahlalter ab 16

anderen Anspruch an sich selbst und folglich auch an Politik. Um diese Zielgruppe zu erreichen, können wir uns nicht auf bekannte Wege verlassen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass unsere bisherigen Methoden diese nicht erreichen. Wir sprechen nicht ihre Sprache.

Gerade die Themen „Transparenz und Mitbestimmung“ werden anders gelebt und an die Parteien

gerichtet - anders eingefordert. Um darauf zu reagieren, sollte DIE LINKE einen gemeinsamen Prozess initiieren, welcher sowohl die Erfahrungen von Partei und Jugendverband, die Konzeption der gesamten Wahlkampagne und neuen Ideen vereint. Dieser kann allerdings nicht erst zum regulären Wahlkampf gestartet werden. Um glaubwürdig zu sein, müssen wir umgehend damit beginnen.

In den Prozess sollen die Erfahrungen der Kommission Parteiliste mit eingebunden werden. Entscheidend wird aber das Engagement aus der Zielgruppe selbst sein.

Das sind heute Dreizehn- bis Neunzehnjährige. Mitwirken an dem Konzept sollen entsprechende Mitglieder des Jugendverbands und/oder der Partei, aber auch Sympathisantinnen und Sympathisanten, welche Partei und Jugendverband aus ihrem Umkreis und mit ihren Möglichkeiten an dem Prozess beteiligen.

Herzliche Glückwünsche für Potsdamer GenossInnen im Landesvorstand

DIE LINKE.Potsdam gratuliert Gerlinde Krahnert und Norbert Müller zur Wahl als stellv. Landesvorsitzende. Des Weiteren gratulieren wir Katharina Dahme, Daniela Trochowski und Alexander Frehse zur Wahl in den Landesvorstand. Herzlichen Glückwunsch! Auf gute Zusammenarbeit.

Ausstellung im Haus der LINKEN

Verwunschen ist alles zur Hälfte ...

...eine verwunschene Liebesgeschichte an den Alltag von verträumten Seen, romantischen Freundschaften und einsamen Menschen mitten in unserer vollen Zeit.

Fotografien, Grafiken, Aquatinten und Collagen von Heike Isenmann.



Anita Tack, MdL und DIE LINKE.Potsdam, laden herzlich im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche 2012 zur Vernissage ein.

Freitag, 9. März 2012, 18.00 Uhr, Alleestraße 3, mit Noriko Seki – Akkordeon.

Allen Leserinnen die herzlichsten Glückwünsche zum Internationalen Frauentag am 8. März 2012!

„Was tun?“ erschien in Stuttgart

März 1902

Im April 1901 wohnte Lenin in dem früheren Haus Furtbachstraße 12 in Stuttgart. Er war Gast des Verlegers und SPD-Reichstagsabgeordneten J.H.W. Dietz. Hier schrieb er vom Herbst 1901 bis zum Februar 1902 sein Werk „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“. Im März 1902 erschien dann im Dietz-Verlag Lenins theoretische Schrift in russischer

Sprache. In dem Werk „Was tun?“ entwickelte Lenin seine Ideen über die proletarische Partei als Kampforganisation der Vorhut der Arbeiterklasse, allerdings erst nur für russische Zusammenhänge, und legte die ideologische Basis für die Bolschewistische Partei und dadurch für die so genannte leninistische Partei. Das Buch spielte eine wichtige Rolle im Kampf

für eine revolutionäre marxistische Arbeiterpartei in Russland, für den Sieg der Leninschen Iskra-Richtung in den Komitees und Organisationen der SDAPR und auf dem zweiten Parteitag. Das Buch fand große Verbreitung in den sozialdemokratischen Organisationen Russlands. Als Was tun? 1907 im Sammelband „12 Jahre“ neu herausgegeben wurde, wies Lenin

darauf hin, dass er die Arbeit „mit sehr geringfügigen Kürzungen, unter Auslassung lediglich organisatorischer Einzelheiten oder kleiner polemischer Bemerkungen“ veröffentliche. Er strich den Paragraphen „a)“ des V. Kapitels. Gleichzeitig fügte Lenin mehrere neue Anmerkungen hinzu.

Gründung der VVN in Brandenburg

März 1947

Am 24. März 1947 wurde in Potsdam die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Brandenburgs gegründet. In der Märkischen Volksstimme stand dazu eine Grußadresse an die Teilnehmer. Hier hieß es u. a.: Sie „waren erbitterte und entschlossene Gegner

des Naziregimes vom ersten Tag seines Bestehens an. Immer wieder haben Sie dem deutschen Volke zugerufen, dass Hitler Krieg bedeutet und darum gefordert, dass man gegen ihn einen entschiedenen Kampf führen muss und dass dazu die Einheit aller fort-

schriftlichen Kräfte notwendig ist. Für diesen aufrechten Kampf schmachteten Sie in den faschistischen Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, dafür starben Sie...

Ihre Arbeit dient der Zusammenarbeit aller demokratischen

Kräfte. Sie führen einen entschiedenen Kampf gegen alle Reste des Nazismus und Militarismus und tragen zur Sicherung des Völkerfriedens bei.“

Sonnensucher unter geteiltem Himmel

März 1982

Denken als Lebensbedürfnis/Vor 30 Jahren starb der Filmemacher Konrad Wolf

„Was wäre wenn“ ist ein ebenso beliebtes wie nutzloses Gedankenspiel bei der Beschäftigung mit Geschichte und Biografien. Lassen wir uns trotzdem mal zu den Fragen verführen: Wie hätte der am 7. März 1982 mit erst 56 Jahren viel zu früh verstorbene Konrad Wolf die „Wende“ erlebt? Welche Filme hätte er danach noch gemacht, wenn er überhaupt noch welche hätte machen können? Zwar war er der international bekannteste DEFA-Regisseur wäre aber sicher nach der Vereinigung im Klima allgemeiner Diffamierung von DDR-Intellektuellen erst einmal als überzeugter Kommunist und Präsident der Ostberliner Akademie der Künste in der Kategorie „systemnah“ devaluiert worden.

Antisowjetismus, Antikommunismus hatte schon der junge Konrad Wolf 1945 als Kulturoffizier der Sowjetarmee in Halle erfahren, wo man ihn auf einer Tafel in der dortigen Universitätsaula als „Vaterlandsverräter“ beschimpfte und gleich einen Galgen dazu malte. Der Sohn des von den Nazis als

Jude und Kommunist in die Emigration gezwungenen Dramatikers Friedrich Wolf hat seine russischen Bindungen nie verleugnet oder vergessen. In Moskau erhielt er als Zehnjähriger eine kleine Rolle in dem 1935 von Gustav von Wangenheim mit exilierten deutschen Schauspielern gedrehten Film „Kämpfer“. Und seine dortige Jugend sollte auch zuletzt den Stoff für einen Film liefern, der durch den Tod des Regisseurs unrealisiert blieb, aber wenigstens von Bruder Markus als „Die Troika“ in Buchform überliefert wurde.

Konrad Wolf habe eigentlich immer ein und denselben Film gemacht, meinte einmal Angel Wagenstein, sein bulgarischer Freund und Studienkollege an der Moskauer Filmhochschule, Drehbuchautor von „Sterne“, wofür der Regisseur 1959 in Cannes einen Sonderpreis der Jury erhielt. Ausgenommen sein Babelsberger Debut „Einmal ist keinmal“, ein Heimat-Musical, sind alle Filme Konrad Wolfs Auseinandersetzungen mit deutscher NS-Vergangenheit und Nachkriegsgegenwart, stellen Fragen nach der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Geschichte und der Gesellschaft.



Nach „Genesung“ erforschen vor allem „Lissy“ und „Professor Mamlock“ die Ursachen des deutschen Verhängnisses und die Motive des Versagens so vieler Menschen angesichts faschistischer Barbarei.

In „Sonnensucher“ - 1957/58 entstanden, aber erst 14 Jahre später aufgeführt - geht es zum ersten Mal um die Beziehungen zwischen Deutschen und Russen, thematisch wieder aufgenommen in „Ich war 19“ und „Mama ich lebe“.

Nie vergaß der eher zurückhaltende Mann die Mahnung seines Vaters aus dem Kriegsjahr 1944, stets „...in allen wichtigen Dingen seine Überzeugung zu vertreten“. Wie schon in „Sonnensucher“ kri-

tisierte er im „Geteilten Himmel“ die Dogmatiker in den Reihen der eigenen Partei, reflektierte in so unterschiedlichen Arbeiten wie dem opulenten historischen Kostümdrama „Goya“ und dem stillpoetischen DDR-Gegenwartsfilm „Der nackte Mann auf dem Sportplatz“ das widersprüchliche Verhältnis zwischen Künstler und Macht.

Wolfs letzter, wohl bekanntester Spielfilm „Solo Sunny“ war ein Plädoyer für die Durchsetzung individueller Glücksvorstellungen gegen Anpassung. Hinterlassen hat er noch eine mehrteilige Fernsehdokumentation über Ernst Busch, Sänger und Freund: Bilanz eines Jahrhunderts...

Was wäre ihm also nach der „Wende“ noch an filmischen Möglichkeiten geblieben? Viele Filmemacher seiner Generation im Osten sind verstummt, haben resigniert, Geldgeber zu finden für Projekte, die mehr wollen als unterhalten. Konrad Wolf liebte Nachdenklichkeit: „Denken - als Lebensbedürfnis, Denken - als Freude am Spaß“. Das haben seine Filme befördert. Was wäre, wenn es davon auch heute etwas in unseren Kinos gäbe ...

-bm

Pionierhaus erhält Ehrennamen „Erich Weinert“

März 1957

Der Treffpunkt Freizeit beherbergt heute eines breites und gemeinwesen-orientiertes Angebot, zur Freizeitbetätigung aller Altersgruppen. Es gibt einen Theatersaal, Werkstätten, Probenräume und eine Sporthalle.

Das Haus und der dazugehörige Garten wurden im Jahr 1952 errichtet. Als „Haus der Jungen Pio-

niere“ diente es von Anfang an der Freizeitgestaltung und Weiterbildung der Kinder. Am 7. März 1957 wurde dem Haus – im Beisein von Hans Marchwitza – der Namen des kommunistischen Schriftstellers und Spanien-Kämpfers, Erich Weinert, verliehen. Vor dem Haus befand sich ein Ehrenhain mit einem Gedenkstein. Dieser er-

innerte an die Verteidiger der spanischen Republik bei den Kämpfen in den Jahren von 1936 bis 1939.

Nach der Wende drohte – angesichts des hohen Sanierungsbedarfes – die Schließung, welche durch Proteste der Nutzer verhindert werden konnte. Seit dem Jahr 2002 ist das Haus in freier Trägerschaft und konnte bis zum Jahr

2006 saniert werden. Wegen Unstimmigkeiten wurde die Trägerschaft der Malteser beendet. Seit dem 01. Januar 2011 wird der Treffpunkt gemeinsam durch die Kubus GmbH (betreibt auch das Bürgerhaus am Schlaatz), dem Betreuungsverein Potsdam und den Kunstgenossen geführt.

Waldstädter bekommen ihre Kaufhalle wieder

Der Streit um den Erhalt von Kaufhallenstandorten hat in den vergangenen Jahren die Bewohner von Zentrum Ost, Schlaatz und Waldstadt II in Bewegung gebracht. Seit längerem war die geplante Schließung der Kaufhalle zum Teufelssee im Gespräch. Die Bürger haben sich nicht mit dem scheinbar schon feststehenden Umstand abgefunden, sondern für ihre Kaufhalle gekämpft. Die Bündelung in einer Bürgerinitiative für den Erhalt der Kaufhalle war dabei ein wichtiger Schritt. Mit einer Unterschriftensammlung und der Durchsetzung einer Einwohnerversammlung wurde der Bürgerwille klar zum Ausdruck gebracht. DIE LINKE unterstützte von vornherein dieses Anliegen. Das blieb nicht ohne Wirkung. In der gut besuchten Einwohnerversammlung lenkte der Investor, der am Standort der Kaufhalle ein Wohnhaus bauen will, ein. Der Vertreter der Firma Semmelhaack sagte eine Anpassung der Planung unter der Voraussetzung zu, dass sich ein Betreiber für die Kaufhalle findet. Das könnte

sowohl in einer sanierten Kaufhalle sein als auch in einer in das neu zu errichtende Wohnhaus integrierten neuen Kaufhalle. Seit Oktober ist die alte Kaufhalle geschlossen, da der bisherige Betreiber EDEKA die Segel gestrichen hat. Da sich kein anderer Betreiber gefunden hat, habe ich nach einem Gespräch mit einem Vertreter der Ladenkette KAISERS die Verbindung zu Semmelhaack hergestellt. Im Ergebnis einer grundsätzlichen Verständigung hat sich die Unternehmensführung von KAISERS entschieden,

sich am Standort Waldstadt II zu engagieren und einen langfristigen Vertrag mit dem Investor Semmelhaack über die Betreibung einer etwa 600 Quadratmeter großen Kaufhalle im Erdgeschoss des neu zu bauenden Wohnhauses abzuschließen. Zur Zeit erfolgt die Feinplanung. Geplant ist ein zügiger Bauablauf. Für die Waldstädter werden sich mit dieser neuen Verkaufseinrichtung die Wohnbedingungen verbessern. Der Einsatz hat sich gelohnt.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Die Ausgangsbedingungen für das Werkstattverfahren zum Badneubau waren alles andere als günstig. Nach Beschluss der Rathauskooperation im Januar 2010 und zweijähriger Planung und Ausschreibung für ein Sport- und Freizeitbad im Bornstedter Feld, verbunden mit dem Abriss der Schwimmhalle am Brauhausberg, hat der Oberbürgermeister sich im Dezember entschieden, nun doch noch eine Bürgerbefragung zuzulassen. Die sollte durch eine Bürgerbeteiligung im Rahmen eines Werkstattverfahrens nach dem Sensitivitätsmodell von Vester vorbereitet werden. Herr Jakobs legte fest, dass dafür 200.000 Euro zur Verfügung gestellt würden. Wer sollte dagegen etwas haben, hatte doch DIE LINKE mehrfach vergeblich eine solche Bürgerbefragung gefordert.

Das offene, also für alle zugängliche Werkstattverfahren wies allerdings von vornherein erhebliche Defizite auf. So war der aufwendige Zeitplan, zweimal der Freitagnachmittag bis in den späten Abend, ein Dienstagabend sicher eine Abschreckung für viele. Auch das didaktische Vorgehen der Vertreter der durchführenden Firma Malik war nicht förderlich und wenig



motivierend für die Teilnehmer. Das Verfahren war an vielen Stellen wie ein Irrgarten, in den sich die Teilnehmer begaben. Hinzu

kam, dass durch fehlende Führung nicht einmal der ohnehin schon üppige Zeitplan von etwa 40 Stunden eingehalten werden konnte.

So musste ein zusätzlicher Sonnabend eingeschoben werden, der allerdings auch nicht ausreichte, um zu einem Ergebnis zu kommen. Das war für mich Veranlassung zur Feststellung, dass das Verfahren praktisch gescheitert ist. In einem weiteren zusätzlichen Termin am 11. Februar, ebenfalls einem Samstag, wurden vor der für 15.00 Uhr geplanten Abschlussveranstaltung endlich die zur Diskussion stehenden Varianten für die mögliche künftige Schwimmbadversorgung in Potsdam vorgestellt. Die zehn Varianten sollten dann mit den mühselig erarbeiteten und skalierten Variablen abgestimmt werden. Das war jedoch praktisch nicht möglich, so dass die vorgesehene Abschlussveranstaltung wegen mangelndem Vorlauf platzte. Das Ziel ist also erneut nicht erreicht worden. Jetzt soll eine vom Plenum legitimierte Arbeitsgruppe eine Reduzierung der zehn Varianten vorschlagen, um in einem weiteren Termin, voraussichtlich Ende Februar, endlich zum Abschluss zu kommen und eine Empfehlung für die Fragestellung zur Bürgerbefragung geben. Vor diesem Hintergrund ist die Chance, ein allseits akzeptiertes Ergebnis der Werkstatt zu erreichen, nur noch gering.

SVV-Fraktion DIE LINKE/h.j.s.

OB soll zur Stiftung Garnisonkirche berichten

Die Landeshauptstadt Potsdam ist mit Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Mai 2008 der Stiftung Garnisonkirche beigetreten. Diese Stiftung ist am 23.6. 2008 gegründet worden.

DIE LINKE hat in diesem Zusammenhang, anknüpfend an vorher gefasste Beschlüsse, einige Punkte formuliert, die 2008 in den Beitrittsbeschluss aufgenommen worden sind.

So wurde der Grundsatz bekräftigt, dass eine über die Grundstücksübertragung hinausgehende finanzielle Beteiligung der Stadt

definitiv ausgeschlossen wird. Folgende Erwartungen wurden formuliert:

1. Die Bemühungen um den Wiederaufbau der Kirche sollen auf den Turm konzentriert werden. Die Entscheidung über einen eventuellen Wiederaufbau des Kirchenschiffs soll gesondert getroffen werden und künftigen Generationen vorbehalten bleiben.

2. Der Wiederaufbau ist mit einem Konzept einer aktiven Friedens- und Versöhnungsarbeit zu verbinden, auch in Gemeinschaft mit der weltweiten Nagelkreuzbewegung.

3. Das mit der Stiftung beabsichtigte würdige Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944 soll mit dem Gedenken an den von Potsdam ausgehenden Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in seiner ganzen Bandbreite verbunden werden.

4. Der mit dem Bau verbundene Eingriff in den Straßenraum soll möglichst gering gehalten und auf das zwingend notwendige Maß begrenzt werden.

Gerade dieser letzte Punkt ist interessant vor dem Hintergrund der kürzlich bekannt gewordenen Nachricht, dass das historische

Fundament nicht für den Wiederaufbau genutzt werden kann. Im Beschluss heißt es abschließend: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Grundsätze im Kuratorium der Stiftung zu vertreten.“

Mit einem Antrag in der Januarsitzung der SVV hat DIE LINKE den Oberbürgermeister aufgefordert, im März zu berichten, wie er diesen Auftrag erfüllt hat und weiter zu erfüllen gedenkt. Das hat, sehr zum Unwillen von Herrn Jakobs, die mehrheitliche Zustimmung der Stadtverordneten gefunden.

SVV-Fraktion DIE LINKE/h.j.s.

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabeplanes in Potsdam

Nach einem Jahr Laufzeit wollte DIE LINKE per Großer Anfrage in der Januar-SVV-Sitzung wissen, wie sich das Bildungs- und Teilhabepaket, mit dem die finanzielle Unterstützung für Kinder bedürftiger Familien neu geregelt wurde, in Potsdam auswirkt.

Zum 31. Dezember 2011 gab es Anträge für 3.141 Kinder (von 5.480 Berechtigten), davon die meisten für die Mittagsverpflegung (1.994) und Schulbedarf (2.710). Von den insgesamt 3.141 auf 6.584 Leistungen gestellten Anträgen wurden 2.998 auf 6.433 Leistungen bewilligt. Einer der Ablehnungsgründe war in 33 Fällen, dass für die Schülerbeförderung nicht die nächstgelegene Schule des gewählten Bildungsganges besucht wird. Hier, so waren sich die Stadtverordneten einig, widerspreche die Regelung dem grundsätzlichen Schulwahlrecht und müsse nachgebessert werden.

Sechs zusätzliche MitarbeiterInnen sind für die Bearbeitung der Anträge eingestellt worden. Insgesamt waren von der Landeshauptstadt 3.376.166 EUR vom Bund zur Verfügung gestellt worden.

Jana Schulze

Ein „Verschiebepark“?

In der Lokalpresse kündigte der Oberbürgermeister an, dass für die Eröffnungsveranstaltung des neuen Standortes des Potsdam-Museums zusätzlich 300.000 Euro für technische Ausstattung und die Schaffung baulicher Voraussetzungen benötigt werden. Das Geld soll aus dem Schulsanierungsprogramm entnommen werden. Grund genug für den Abgeordneten Stefan Wollenberg, DIE LINKE, den OB nach den Zusammenhängen zu fragen. Zum Redaktionsschluss war die Frage wie folgt beantwortet: Das Geld wird aus dem Schulsanierungsprogramm 2013 (Schule 19) quasi „verschoben“ auf 2012. Die für die Schule 19 nötigen Mittel sollen dann aus 2014 auf 2013 vorgezogen werden. Das bedeutet aber, dass die 300.000 Euro letztlich weg sind. Wie das Problem nun gelöst wird, steht noch nicht fest. „PaS“ bleibt dran.

Schwimmhalle am Brauhausberg

Die Schwimmhalle am Brauhausberg ist das meistgenutzte Schwimmbad in Potsdam.

1969 begann der Bau der Schwimmhalle für die Bevölkerung im Rahmen des Projekts „Sportbauten“ des staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport.

Nach der Einweihung 1971 erfreute sie sich sofort großer Beliebtheit. Sie war Austragungsort für Meisterschaften, Triathlon-, Sanssouci- und Pionierpokal, Kinder- und Jugendspartakiaden und Sportfeste.

Seit den neunziger Jahren wurde mehrmals saniert, so am Dach, im Sanitär- und Umkleidebereich und der Tragwerkskonstruktion.

Erste Pläne von Abriss und Neubau einer neuen Halle mit 50-Meter-Bahnen in einem Spaßbad nach Entwürfen des Stararchitekten Oscar Niemeyer mussten aus Kostengründen wieder verworfen werden. Mehrere Millionen Euro für Baufeldfreimachung und Munitionsbergung waren bereits ausgegeben.

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung entschied 2008 eine Grundsanierung für knapp sieben Millionen Euro. 2009 wurde die Halle für Freizeit- und Sportschwimmer wieder eröffnet.

Aktuell wird über einen Neubau für mindestens 20 Millionen Euro oder eine Komplettsanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg für sieben bis 13 Millionen Euro diskutiert.

Die Schwimmhalle wird zur Zeit von den Sportvereinen SC Potsdam, OSC Potsdam Luftschiffhafen, ESV Lokomotive Potsdam und dem Tauchsportclub Filmstadt Babelsberg 1961 genutzt.

(Quelle: Wikipedia, sinnwährend gekürzt)

Potsdamer Kinder beim Kinderforum des Stadtjugendrings:

„Es gibt zu wenig Schwimmbädern.“ (Mathilde aus Babelsberg)

„Wir wünschen uns ein Schwimmbad (Spaß- u./o. Freibad) beim Buga-Park.“ (Laura aus Bornstedt)

„Wir würden es toll finden, wenn es in der Stern-Schwimmhalle ein im Sprungbrett geben würde.“ (Flotowkids vom Stern)

„Wir wünschen uns ein Schwimmbad in Potsdam-West.“ (Tom aus P.-West)

„Eine Wasserrutsche in der Schwimmhalle Am Brauhausberg wäre toll!“ (Alicia aus Babelsberg)

Erwartungen bisher nicht erfüllt

Stand des Werkstattverfahrens zur Schwimmbadversorgung in Potsdam/Stärkung der Bürgerbeteiligung

Seit dem 13.01.2012 läuft ein vom Oberbürgermeister initiiertes Werkstattverfahren mit Bürgerbeteiligung, um eine qualifizierte Entscheidung über einen Standort und die bauliche Gestaltung eines erweiterten Schwimmbadangebotes in Potsdam zu befördern. Im März sollen dann alle Bürger Potsdams in einem Bürgerentscheid über vorgelegte Lösungsmöglichkeiten abstimmen, bevor dann die Stadtverordneten einen bindenden Beschluss darüber fassen.

Schon länger ansässige Einwohner Potsdams kennen die lange und nicht erfreuliche Geschichte über geplante und vertane Chancen einer Lösung dieses Problems. Die Stadtverwaltung hatte im Herbst vorigen Jahres 3 Varianten vorgelegt: 1. Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg, 2. Erweiterungsinvestition - Neubau eines Familien- und Sportbades im Bornstedter Feld neben der Biosphäre und 3. Sanierung Schwimmhalle Brauhausberg und Ergänzung eines Kiezbades Nord im Bornstedter Feld. Die Variante 2 ist die Vorzugsvariante des Oberbürgermeisters, verbunden mit dem Abriss der Bauten am Brauhausberg, die dann freierwerdenden Flächen sollen zur Badfinanzierung verkauft werden. Dagegen hatte schon länger die Bürgerinitiative Pro Brauhausberg energisch Protest angemeldet.

Unter dem Eindruck der Proteste und einer Offensive des Oberbürgermeisters, die Bürgerbeteiligung zu stärken, will er sich nun durch ein Werkstattverfahren die erforderliche Legitimation und Zustimmung der Bürger für die Entscheidung durch die SVV holen.

Sensitivitätsmodell im Praxistest

Das kostet inzwischen weit mehr als die ursprünglich veranschlagten 90.000 Euro, wofür die Schweizer Malik Management AG mit ihrem Sensitivitätsmodells nach Prof. Vester gebunden worden ist. Dieses schon seit über 20 Jahren mehrfach eingesetzte Modell beinhaltet eine Software, die es mit einer methodischen Anleitung ermöglicht, systembezogene Lösungen von komplexen sozialen Problemen abzuleiten.

Nach sieben Werkstatttagen mit ca. 50 Stunden, teils sehr hitzigen und kontroversen Diskussionen konnte jedoch keine Klärung der Schwimmbadentscheidung im Vorfeld einer Bürgerbefragung erreicht werden. Ernüchterung und Enttäuschung machte sich unter den Teilnehmern breit. Bis zur vorerst letzten Sitzung am 11. Fe-



bruar gelang es den beiden Moderatorinnen von Malik Management nicht, die angestrebten Ergebnisse im Plenum zu erarbeiten. Eine in letzter Minute gebildete Arbeitsgruppe sollte nun innerhalb von 14 Tagen Vorschläge unterbreiten, um noch das Verfahren zu einem sinnvollen Abschluss bringen zu können.

Verfahren gescheitert?

Warum konnte nicht mehr erreicht werden? Offenbar hat man die bestehenden Konflikte und verschiedenen Interessen zwi-

schen unterschiedlichen Gruppen der Bürger, der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten unterschätzt. Man hat es nicht vermocht, diese Konflikte so zu bearbeiten, dass ein kompromissbereites sachliches Arbeiten ermöglicht worden wäre. Das Sensitivitätsmodell selbst fördert neue und kreative Lösungen. Dazu ist es jedoch erforderlich, sich von bekannten Denkvorgaben, hier den drei Varianten der Stadt, zu lösen. Die Einbringung der von Christian Schirrholt erarbeiteten Alternativvarianten in das Verfah-

ren wurde von Malik Management anfangs abgelehnt, schlussendlich dann doch zugelassen. Somit hat man viel Zeit verstreichen lassen.

Aus Sicht des Sensitivitätsmodells könnte sich eine neue Lösung durch die Auswahl/Skalierung der wesentlichen Variablen ergeben, aus denen heraus sich eine völlig neue Variante ergäbe, die nicht mehr auf eine schon vorher bekannte Variante zu reduzieren wäre. Damit hätte man auch die möglichen kreativen Momente einer neuen systemischen Erkenntnis der Wechselwirkung nutzen können.

Tatsächlich wurde aber völlig isoliert und getrennt über einzelne Aspekte gestritten. Damit ist der eigentliche Anspruch des Sensitivitätsmodells, die systemische Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Variablen (das wirklich Neue dieser Methode) einzubeziehen, verletzt und aufgegeben worden.

Was hätte man tun können?

Abgesehen von Einwänden gegen das Vorgehen im Werkstattverfahren, vermittelte sich der Eindruck, es wurde teils lange über Details von Arbeitsschritten gerungen, um am Ende zu einer Problemsicht zu kommen, die vor Monaten schon erkennbar war und auch ohne das teure Sensitivitätsmodell sich hätte darstellen lassen. Sinnvoll wäre es, mit den gewonnenen Einsichten eine bessere Lösungsvariante zu generieren, als nur wieder vor einer Auswahl zu stehen zwischen längst bekannten Vorschlägen.

Dr. Axel Popp

Teilnehmer am Werkstattverfahren

Fotos: Stadtverwaltung Potsdam/R. Amm



„Recht auf Stadt“

Das Motto „Recht auf Stadt“ geht zurück auf den 1991 verstorbenen französischen Soziologen Henri Lefebvre. In seinen Werken entwarf er ein neues Verständnis von Stadt und der als Urbanisierung bezeichneten Entwicklung. Kurz gesagt betrachtete er den urbanen Raum als Ressource der menschlichen Gesellschaften und leitete daraus die These ab, dass die Umgestaltung der Stadt die Voraussetzung für die Veränderung der Gesellschaft ist. Leider können wir uns in diesem Artikel nicht in angemessener Form mit dem Werk Lefebvres auseinandersetzen, aber eine weiterführende Beschäftigung damit sei wärmstens empfohlen. Seine These soll uns trotzdem als Appell für die zentrale Bedeutung kommunaler Politik

dienen. So richtet sich der Blick auf unsere Stadt: Potsdam. Schaut man im lefebvreschen Sinne auf die aktuellen Umgestaltung des Stadtbildes, offenbart sich ein besorgniserregendes Bild: Immense Anstrengungen zur „Wiedergewinnung der (so genannten) historischen (preußischen) Mitte“, „Luxussanierungen“ und Wohnneubau im oberen Preissegment, ungezügelter Mietpreisteigerungen, eine sich vertiefende Trennung von armen und reichen Wohnquartieren und die voranschreitende Vorfunktionalisierung und Teilprivatisierung öffentlicher Räume (z.B. Eintritt für den Park Sanssouci).

Welche Gesellschaft ergibt sich aus dieser städtischen Umgestaltung? Menschen die nach Ein-

Neu Fahrland: Bürgerbefragung zum Gemeindezentrum



Seit fast einem Jahr steht nun das neue Gemeindezentrum in Neu Fahrland leer. Grund: Der Ortsvorstand kann die Kosten (620 € Kaltmiete) nicht stemmen. Schließlich kann der Ortsbeirat nur über 9.000 € pro Jahr verfügen. Nun soll eine Bürgerbefragung klären, was die Neu Fahrländer mit dem Gebäude, das für sie errichtet wurde, anfangen wollen. Ortsvorsteherin Dr. Carmen Klockow hat erst einmal die Vermietungsabsichten der Stadt gestoppt. Nun sollen die Bürger ihre Ideen einbringen. Es sei die letzte Chance, ein tragfähiges Konzept zu finden, meint Beiratsmitglied Obstbauer Manfred Kleinert. Foto: bm

kommen gestaffelt in getrennten und abgeschirmten Quartieren leben, ohne sich je zu begegnen und deren Recht, sich in öffentlichen Räumen aufzuhalten, durch ihre Zahlungsfähigkeit bestimmt wird. Also eine rückwärts gewandte Gesellschaft der sozialen Aus- und Abgrenzung - kaum das Bild einer wünschenswerten Zukunft.

Wie sollte linke Politik dem entgegengetreten? Das Credo „Recht auf Stadt“ kann ein starker Bezugspunkt sein, unter dem sich ein breites Bündnis zahlreicher und vielfältiger Menschen formieren kann. Diese Bündnisse, auch urbane soziale Bewegungen genannt, können zu einflussreichen

und überparteilichen Momenten werden, die das Recht auf Mitgestaltung des Lebensumfeldes einfordern und den Anspruch auf materielle und immaterielle Ressourcen der Stadt geltend machen. Daher wäre es eine Aufgabe linker Kommunalpolitik, über die eigenen Parteigrenzen hinaus eine solche Bewegung zu forcieren und zu begleiten. Denn die Auseinandersetzung um die Entwicklung unserer Kommune bleibt nicht auf die Stadtgrenzen beschränkt, sondern ist ein Ringen um die Gestaltung unserer Gesellschaft.

Kay-Uwe Kärsten, Mentee in der Fraktion DIE LINKE in der Potsdamer SVV



Schwimmbad für Potsdam

Vorschlag für Sport- und Erlebnisbad Brauhausberg

Das Badwerkstattverfahren nähert sich dem Ende. Mein Vorschlag, die Halle am Brauhausberg mit einem Erlebnisbad zu ergänzen und anschließend zu sanieren ist noch im Rennen. Dafür gibt es gute Gründe. Der Erweiterungsbau wird den Schwimmbetrieb auch während der Hallensanierung absichern, außer 50 m Wettkämpfen, die dann im Luftschiffhafen sein müssen. Optimale Verkehrerschließung und beste Erreichbarkeit für alle Potsdamer sprechen für den Brauhausberg. Zusätzliche Angebote mit Kleinfeldbecken, Erlebnisbecken, zwei Rutschen, Kinderbecken, Whirlpools und Außenbecken erlauben künftig ganzjährigen Betrieb und verbessern die Attraktivität und Wirtschaftlichkeit. Mein Vorschlag unterscheidet sich von denen der Stadt durch einen größeren Anteil Wasserfläche für Erlebnisbecken. In der Vorzugsvariante des OBM „Neubau im Norden“ dominiert der Sport. Nur 330 m von insgesamt 1855 m², also

knapp 18% sind Freiformerlebnisbecken. In meinem Entwurf sind 700 m² Erlebnisbecken geplant, was bei ca. 2120 m² Gesamtwasserfläche einen deutlich höheren Anteil von 33% ergibt! Außerdem ermöglicht mein Plan die Rückgewinnung eines attraktiven öffentlichen Raumes im Stadtzentrum einschließlich grüner Mittelachse mit Springbrunnen, die viele Potsdamer noch gut in Erinnerung haben. Während die Alternative Komplettneubau am Brauhausberg bei gleicher Angebotsbreite nahezu alle freien Flächen am Fuße des Berges verschlingen würde, gestattet mein Entwurf, alte Qualitäten der Baukultur zu bewahren, die ökologisch vorteilhafte Welternutzung des Bestandsbaus und lässt noch Raum für bauliche Ergänzungen mit Wohnungsbau an den Rändern des Berges. Die Kombination aus Bestandsbau mit Erweiterung kann die allermeisten Nutzerwünsche gut und besser als bisher erfüllen, kostet nicht



mehr als der städtische Vorschlag und erhält vielen Potsdamern die Identität mit ihrem lieb gewordenen Bad. Es wurde auch deutlich, dass man zur Beschönigung der Badpläne im Norden etwaige Grundstückserlöse völlig einseitig betrachtet hatte, um das Ergebnis zu verzerren. Jetzt soll eine Entscheidung bei der Bürgerbefragung erfolgen. In Abwägung aller

Belange empfehle ich Ihnen, sich für die Sanierung der Brauhausberghalle und deren Erweiterung mit einem Erlebnisbad zu entscheiden. Wie sich das in ein urbanes Umfeld am Brauhausberg einfügen lässt, habe ich in meinem Masterplanentwurf dargestellt. Dieses Bad kann Potsdams Mitte beleben und bereichern.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

„Osttermin“ im Kutschstall

Am 15. März 2012, 18.00-20.00 Uhr, in Potsdam im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte lädt Roland Claus für die Bundestagsfraktion DIE LINKE zu einer Neuauflage der erfolgreichen Reihe „Osttermin“ ein und befragt eine(n) Ostdeutsche(n) und eine(n) Westdeutsche(n) zu ihren Erfahrungen mit Ostdeutschland. Zu ihren Ideen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung, zum Umgang und der Nutzung mit und von ostdeutschen Erfahrungsvorsprüngen und nicht zuletzt zu ihrer Biographie.

Gäste werden diesmal im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburgischen Landtag, und Carl Friedrich Holtmann, Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, sein.

Preußens „Gloria“?

Preußens Kriegsoffer unter F II (Tote, Verwundete, Gefangene und Deserteure):

1745 Schlacht bei Hohenfriedberg: 4.680
1745 Schlacht bei Soor: 3.607
1745 Schlacht bei Kesseldorf: 5.000

1757 Schlacht bei Prag: 14.500
1757 Schlacht bei Kolin: 13.700
1757 Schlacht bei Leuthen: 6.400

1758 Schlacht bei Hochkirch: 9.000
1758 Schlacht bei Krefeld: 1.800

1759 Schlacht bei Kay: 6.800
1759 Schlacht bei Kunersdorf: 19.000

1759 Schlacht bei Bergen: 2.373
1759 Schlacht bei Minden: 3.800

1760 Schlacht bei Liegnitz: 3.000
1760 Schlacht bei Torgau: 16.751

In der zivilen Bevölkerung Preußens selbst zählte man 500.000 und in Sachsen 90.000 Opfer.

Verluste der gegnerischen Seite (Österreicher, Russen, Franzosen, Engländer, Schweden u. a.) werden mit 370.000 beziffert.

Quelle: O. Groehler „Die Kriege Friedrich II.“; Militärverlag der DDR, 1986

FRIEDRICH II. statt FRIEDRICH DER GROSSE

Von Moritz Kirchner, Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam

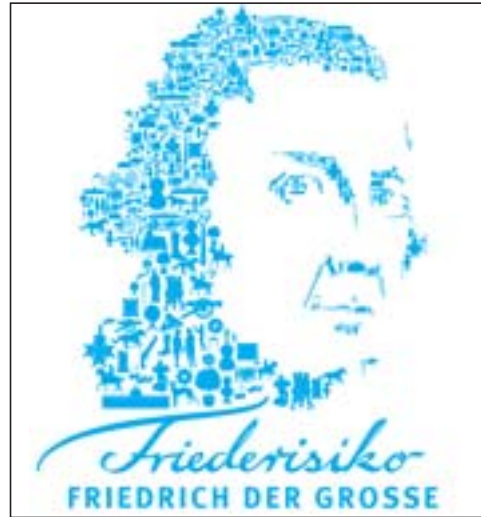
Wer dieser Tage durch die Stadt Potsdam flaniert, eine lokale Tageszeitung liest oder sich das gebotene Kulturprogramm der Stadt Potsdam betrachtet, kommt um den Eindruck eines gewissen Hypes um Friedrich II. anlässlich seines 300. Geburtstages nicht herum. Die Rezeption des preußischen Monarchen ist auch per se nicht das Problem, die Einseitigkeit jedoch schon.

Interessant ist, dass es in der Stadt Potsdam drei Bezeichnungen für Friedrich II. gibt, welche jeweils für sich einen Teil der Wahrheit ergeben, in der Gesamtschau aber ein sehr treffendes Bild: Der „Alte Fritz“, welches sich auf den volknahen Monarchen bezieht, „Friedrich der Große“ als das Signifikant seiner meist konservativen Verehrer und, interessanterweise genau im Stadtzentrum und in großen Lettern: „Friederisiko“, was die Ambivalenz dieser historischen Figur und Persönlichkeit aufzeigt. Und letzteres trifft Friedrich II. wohl deutlich besser als „Der Große“, welcher implizit oder explizit in der Gedenkkultur der Stadt immer wieder durchkommt. Natürlich hat der preußische König viele Verdienste, welche gerade vor dem Hintergrund seiner zeitgeschichtlichen Epoche wegweisend waren.

Die Abschaffung der Folter, der Kampf für den Toleranzgedanken, die Aufhebung der Zensur für den nichtpolitischen Teil der Zeitungen und viele Reformen, die auch für

das einfache Volk Verbesserungen beinhalteten, stehen definitiv auf der Habenseite. Und natürlich war er eine interessante, bildungsbehaftete und vielseitige Persönlichkeit und somit auch an sich spannend.

Doch schon bei vielen anderen seiner Taten wird die Betrachtung schwieriger. Natürlich setzte er sich für Toleranz und die Integration der Hugenotten ein, legte viele vorher unfruchtbare Flächen wie das Oderbruch trocken und schuf durch seine „Peuplierungspolitik“, welcher der Ansiedlung neuer Bewohner Preußens dienen sollte, einer für seine Zeit fortschrittliche Immigrationspolitik. Und konkret ging es zum Beispiel den Hugenotten deutlich besser in Preußen als in Frankreich. Jedoch war diese Politik eben oft weniger aus Idealismus, sondern vielmehr aus einem instrumentellen Verständnis heraus entstanden, da er zum einen mehr an qualifizierter Bewohner Preußens brauchte, um die vergleichsweise wirtschaftliche Rückständigkeit aufzuholen, vor allem aber, um Menschenmaterial für seine zahlreichen Kriege zu führen.



Und genau hier fängt eben die Problematik und das „Friederisiko“ an. Natürlich wäre es intellektuell zu einfach, Friedrich einfach nach heutigen historischen Maßstäben als Imperialisten zu brandmarken. Es gibt in seinem Verhalten auch kaum einen Unterschied zu anderen Herrschern seiner Zeit. Jedoch ist es wichtig, ihn an seinen eigenen Maßstäben zu messen. Und genau diese hat er in seinem „Antimacchiavell“ dargelegt, wenngleich heute nicht klar ist, wie viel Voltaire in diesem steckt. In diesem rechnet er mit der kalten Machtpolitik seiner Zeit und somit faktisch auch mit dem Politikstil seines Vaters ab und begründet tatsächlich die auch aus heutiger Sicht progressiven Elemente seiner Politik. Der Unterschied zwischen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II.

war jedoch folgender: Während der Vater die Armee akribisch aufbaute, setzte Friedrich II. sie skrupellos ein. Denn schon kurz nach der Thronbesteigung trieb er Preußen in die ersten Schlesischen Kriege, welche nach seinem eigenen programmatischen Anspruch nicht begründbar sind. Und auch die spätere Verehrung ist hoch fragwürdig, denn so sehr er sicher viele militärische Erfolge feiern konnte (in denen er viele seiner Untertanen opferte): Nach der verheerenden Niederlage in der Schlacht von Kunersdorf war es reines Glück, dass die Kriegsgegner Österreich und Russland eben nicht auf Berlin marschiert sind. Das Ergebnis des Siebenjährigen Krieges war eben nicht nur seinem Genie zu verdanken.

Friedrich II. war die Verwirklichung des platonischen Gedankens, einen Philosophen als König auf dem Thron zu haben. Doch genau so, wie Platon in Syrakus seinerzeit gescheitert ist, so kann auch die Regentschaft Friedrichs II. nicht als einziger Glücksfall betrachtet werden, in welchem der Herrscher nur nach dem Wahren, Schönen und Guten strebte. Leider strebte er doch zu oft auch nach Aufrüstung, Ruhm und Expansion. In Zeiten, in denen Kriege zunehmend wieder als Mittel der Politik gedacht, eingesetzt und zudem salonfähig werden, ist folglich eine differenzierte Betrachtung Friedrichs II. wichtiger denn je. Genau hierfür wird DIE LINKE kämpfen.

Glossiert

Warum nur nennt man Friedrich II. den Großen? Nun, Friedrich hat in Preußens und Saupreußens Orchester die Erste Flöte gespielt. Ja, Friedrich war ein großer Flötenvirtuose, der abends nur zu gern im Schlosse Sans Souci selbst komponiertes während seiner musikalischen Soiréen zum Vortrag gab. Die Abende im Schloss waren der Kunst, der Musik gewidmet, jut jemalt von Adolph von Menzel und auf den Tasten beklimpert von Carl Philipp Emanuel Bach.

Friedrich war also die Erste Flöte und ein großer Flötenvirtuose. Und so ging es schon morgens, und zwar ganz früh schon, sommers stand der König um 5 Uhr auf, ganz ohne Sorge und herzlich zur Sache: Nach dem Kaffee, so berichtet uns wiederum Voltaire, „huldigte der Stoiker für ein paar Augenblicke der Sekte Epikurs“. Aber nur ein paar Augenblicke, sonst hätte womöglich noch die Konzentration auf die Kriegs-

Die „Erste Flöte“ in seinem Staate

führung gelitten. Friedrich ließ dazu kurz nach dem Aufstehen seine schönsten Favoriten, alleamt junge Pagen und Kadetten, antreten. Und was dann? Voltaire fährt fort: „Derjenige, der das Taschentuch zugeworfen bekam, blieb eine Viertelstunde mit dem König allein.“ Damit wir jetzt bloß nicht an eine märkische Orgie denken, bremst Voltaire sofort unsere schon ausschweifende Fantasie: „Es kam dabei nicht bis zum Äußersten; da der Prinz zu Lebzeiten seines Vaters [Friedrichs Papa war der gestrenge Soldatenkönig] bei seinen flüchtigen Liebschaften ziemlich malträtiert und schlecht geheilt worden war; die erste Rolle konnte er nicht spielen, er musste sich mit der zweiten begnügen.“

Nein, das ist nicht alles, was uns im Land des Roten Adlers verkündet wird: Dass er die Oder regulieren und das Oderbruch landwirtschaftlich nutzbar machen

ließ, die Kartoffel ins Land holte und in seine Windhunde verliebt war.. Die „Tugenden“ werden als echt preußisch herausgestellt und das Volk soll glücklich sein, einen solchen Friedrich gehabt zu haben. F II war auch großer Auftraggeber in Sachen Bauwerke, allerdings, und da wäre dem großen Friedrich-Verehrer Heine Recht zu geben: oft schnurgerade und „meistens nach dem Eigenwillen eines Einzelnen“ gebaut.

Nein noch mehr: Friedrich war aufgeklärter Absolutist, wenngleich das an und für sich genommen schon etwas widersprüchlich anmutet. Das beste Bild, was man



sich da vom so genannten „Aufgeklärten Absolutismus“ machen kann, bietet die Reiterstatue Unter den Linden: Lessing und Kant schön unter dem Schwanz eines Bronze-Gauls gruppiert, auf dem Friedrich II. hoch zu Ross einfach drauf rumreitet.

Friedrich ist für die meisten aber groß, nicht der Flöte wegen, nicht der Aufklärung wegen, sondern weil er die heruntergekommene Mark mit „ein paar“ durchaus brutalen Kriegen zu jenem Saupreußen gemacht hat, das die Bayern (und die Österreicher) so lieben, und die verweichlichten Sachsen-Auguste natürlich auch, die dabei mächtig gestutzt wurden. Naja, sonst wär' Berlin wohl noch schwedisch geworden, oder polnisch gar oder sogar österreichisch!

Michael Berthold
Zitate aus: Berlin. Ein literarischer Reiseführer. WBG, Darmstadt (2007)

Aufstand der Zuständigen ist jetzt gefragt



Zum Gedenken an die Opfer des Bombardements auf Dresden 1945 und den Aufmarsch von Neonazis erklärte die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Lötzsch, die Protestaktionen in Dresden gegen braune Aufmärsche seien ein großer Erfolg aller aufrechten Demokraten. Am „Rundgang Täterspuren“ und auch an der Menschenkette gegen die Neonazis beteiligten sich tausende Menschen. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ setzte damit ein Stopp-Signal, Antifaschisten nicht länger zu kriminalisieren. Der Aufstand der Zuständigen sei jetzt gefragt. Gesine Lötzsch: „Ich fordere die Kanzlerin und ihr Kabinett auf, sich einzureihen in den Kampf gegen die NPD und ihr braunes Terrorumfeld.“

No-Nazi.net im Archiv

Anknüpfend an die erste Ausgabe der PAS in 2012 wollen wir fortlaufend zum Thema „Rechtsradikalismus“ informieren. Wir stellen in dieser Ausgabe die Arbeit der NGO www.no-Nazi.net vor, welche am 24.01.2012 einen Vortrag zum Thema „Nazi 2.0“ im Archiv hielt. Die NGO durchsucht für die Amadeu Antonio Stiftung das Internet nach rassistischen und neonazistischen Inhalten. Mitarbeiter der NGO gaben einen Einblick in die Entwicklung „rechter“ Nutzung des Internets. So konnte sehr eindrücklich dargestellt werden, wie rechtsradikale Parteien ihr einst laienhaftes Auftreten Stück für Stück professionalisierten. Sie zeigten, wie Neonazis ihre Auftritte

in VZ Systemen und bei Facebook planen und organisieren, mit Fotoserien und Videobotschaften „seriös“ wirken wollen und ihre eigentliche Gesinnung verschleiern. Nazis betreiben selbst Internetfirmen, missbrauchen Film und Fototechnik auf hohem technischem Niveau für ihre Auftritte und Kampagnen. Dazu kommt ein hoher Grad an nationaler und europäischer Vernetzung entsprechender rechter Organisationen. Besonders schockierend war für die TeilnehmerInnen der Internetauftritt der so genannten „unpolitischen neonazistischen“ Gruppen. Dieser Widerspruch an sich verdeutlichte auch klar erkennbar eine neue Strategie der Nazis. Sie

organisieren erst scheinbar harmlose und abenteuerliche Aktionen um Menschen anzusprechen. Später folgt dann ihre Ideologisierung. Dabei verzichten sie eingangs sehr bewusst auf Gewalt und Aktionen mit großem Zeitaufwand. Es locken Gruppen wie die „Spreelichter Brandenburg“ mit Projekten, wie dem der „Unsterblichen“ zum Maskenball und Fackelumzug. Dies ist grade erst wieder in Potsdam Waldstadt geschehen. Weiter missbrauchen Organisationen wie der „Volkstod“, „nationaler Widerstand“, oder „nationaler Frauenbund“ Themen der angeblichen Überfremdung oder des Kinderschutzes in Kampagnen wie „Todesstrafe für Kinderschän-

der“. Letztere Kampagne hatte bei einer virtuellen Veranstaltung auf der Facebook-Oberfläche über 300.000 Teilnehmer. Erst bei genauerem Hinsehen, bekommen die Internetnutzerinnen und Internetnutzer die Vernetzung zu rechten Parteien und zum rassistisch motivierten Hintergründen offenbart. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie schockiert und hilflos sich die TeilnehmerInnen angesichts dieses Ausmaßes der Netzpräsenz und deren offener Wirkungsgewalt fühlten. Weitere Infos zum Thema: no-nazi.net/wp-content/uploads/2011/09/Netz-gegen-Nazis2.0-Internet.pdf

Matthias Lack

VVN-BdA informiert



Ehrung für Willi Frohwein.

Der an zentraler Stelle gelegene und bisher unter dem Namen „Am Findling“ bekannte Platz in Babelsberg wird am Dienstag, 27. März 2012, den Namen des Ausch-

witz-Überlebenden und Mitbegründers der VVN-BdA im Land Brandenburg erhalten. Willi Frohwein, der am 12. Dezember 2009 in Potsdam verstorben ist, wäre am Tag der Namensgebung 89 Jahre alt geworden.

3. Aktionsfahrradtour.

Eine Gedenk- und Demonstrationsveranstaltung per Fahrrad führt vom 4. – 7. April 2012 von Sachsenhausen über Neuruppin, Wittstock, Parchim bis nach Schwerin. Die Tour dient der Erinnerung und dem Gedenken an die Opfer der Todesmärsche, von Faschismus und Krieg; für die Wahrnehmung, Auseinandersetzung und den Dialog an authentischen Orten; für die Ermütigung und Unterstützung von Aktivitäten; für Humanismus und Demokratie; für eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik.

tischen Orten; für die Ermütigung und Unterstützung von Aktivitäten; für Humanismus und Demokratie; für eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik.

Veranstalter und Infos: VVN-BdA Westmecklenburg-Schwerin, Tel: 0385/3968255, email: bdasn@freenet.de

Lindenstraße 54/55

Potsdam. Um die Erinnerung an die Verfolgung von Menschen in der NS-Zeit in Potsdam am authentischem Ort wach zu halten, hat die VVN-BdA Brandenburg eine Initiative für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Naziterrors in Potsdam ins Leben gerufen.

Zur künstlerischen Gestaltung eines Gedenkortes vor dem Haus soll ein offener Wettbewerb aus-

geschrieben werden. Dazu werden 20.000 benötigt. Mehr Infos unter: www.brandenburg.vvn-bda.de



Spendenkonto: GLS-Bank, BLZ: 43060967, Konto-Nr. 1102861500, Kennwort: Lindenstraße.

Demonstrieren gegen Nazis ist Grundrecht und kein Fall für die Gerichte

Der Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, kritisiert die vom Immunitätsausschuss des Bundestags beschlossene Nichtherstellung der Immunität der Bundestagsabgeordneten und Bundesgeschäftsführerin der LINKEN, Caren Lay sowie des LINKEN-Bundestagsabgeordneten Michael Leutert gegen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden wegen der Teilnahme an den friedlichen Anti-Nazi-Protesten im Februar 2011. Ernst erklärt:

„Die Nichtherstellung der Immunität von Caren Lay und Michael Leutert ist ein inakzeptabler Vorgang. Die Mehrheit des Ausschusses hat damit der Demokratie einen Bärendienst erwiesen. Ich bin besonders vom Abstimmungsverhalten der SPD enttäuscht. Man kann nicht in Sonntagsreden zum friedlichen Protest gegen Nazis aufrufen und dann brav dafür die Hand heben, wenn dieser Protest kriminalisiert werden soll. Caren Lay und Michael Leutert haben die volle Solidarität der ganzen Partei. Ich halte den Zeitpunkt dieser Entscheidung für keinen Zufall. Demnächst wollen wieder Tausende in Dresden friedlich gegen Nazis protestieren. Die Nichtherstellung der Immunität von Caren Lay und Michael Leutert ist offenbar als Signal der Einschüchterung gedacht. Friedlicher Protest gegen rechts wird gezielt diskreditiert. Ich denke, wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie wir künftig sicher stellen, dass das Demonstrationsrecht friedliche Demokraten schützt und nicht rechtsextreme Verfassungsfeinde. Wenn Menschen friedlich Nazis entgegen treten, dann ist das kein Fall für den Richter sondern die Wahrnehmung eines demokratischen Grundrechts.“

Bahnhof „Charlottenhof“ geht alle an

Die Kritik des Brandenburger Vorstadt e.V. und des Vereins „Westkurve“ am baulichen Zustand des Bahnhofs Charlottenhof, insbesondere im Hinblick auf die Barrierefreiheit, der sich mittlerweile auch der CDU-Ortsverband Potsdam-West angeschlossen hat, unterstützt auch der Ortsverband Potsdam-West der Partei DIE LINKE. DIE LINKE in Potsdam kritisierte schon seit Jahren die Zustände am Bahnhof Charlottenhof. Mehrfach hat man auf die Problematik aufmerksam gemacht (siehe auch PaS, März 2011) und in der Stadtverordnetenversammlung mehrere Anträge gestellt (zuletzt: Mai 2008, 08/SVV/0535), der den Oberbürgermeister aufforderte, in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen. Dieser Antrag wurde auch so von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Passiert ist seit dem leider nicht viel. Derzeit gibt es dort neben fehlenden Aufzügen nicht einmal die Möglichkeit, ein Zugticket zu erwerben. Die Bahn prüfe derzeit, den Bau eines Aufzugs am Bahnhof, heißt es aus dem Unternehmen. Ende 2013 oder Anfang 2014 könnte es soweit sein.

„Wir sind sehr daran interessiert, dass dieses Problem endlich zu einer Lösung findet“, so Ronny Besançon, Kreisvorstand DIE LINKE. Deshalb bietet die Partei beiden Vereinen und der CDU in Potsdam West und allen anderen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Parteien an, in diesem Thema über Parteigrenzen hinweg zusammen zu arbeiten, um den Bahnhof endlich für alle Menschen in der Brandenburger Vorstadt und Potsdam-West nutzbar zu machen.

Ronny Besançon, Mitglied im Kreisvorstand



Gergesehener Gast bei den Senioren: Ministerin Anita Tack. Rechts der langjährige Leiter der AG, Prof. Klett..



Kreisgeschäftsführer Detlef Janson in Aktion beim Hoffest.

Fotos: R. Frank

Eine „20-Jährige“ für Potsdam aktiv

AG Seniorenpolitik der Potsdamer LINKEN konnte 2011 stolz ihr zwanzigjähriges Jubiläum feiern

Als nun schon langjähriger „Motor“ der AG Senioren der LINKEN warb Horst Klett kürzlich im Kreisvorstand um mehr Aufmerksamkeit für die älteren Potsdamer. Zu wenig spürten sie, dass die Stadt sich auf absehbare Entwicklungen wie eine verbreitete Altersarmut, den steigenden Bedarf an bezahlbaren altersgerechten Wohnungen sowie betreuten Wohnangeboten einstelle. Der Kreisvorstand versprach, sich dieser Probleme unverzüglich anzunehmen, und vereinbarte eine erste Beratung mit der Fraktion dazu noch im Februar.

Das Drängen auf eine seniorenfreundliche Stadtpolitik ist nur eine Facette des vielseitigen Engagements der zehn AG-Mitglieder um Horst Klett. Die Palette reicht von Veranstaltungen zu Rente, Patientenrechten oder gesunder Ernährung über Infostände und Publikationen bis hin zu geselligen Freizeitvorhaben wie Sommergärten oder Reisen. Im vergangenen Jahr konnte die AG deshalb mit Stolz ihr 20-jähriges Jubiläum feiern. Unterstützung aus dem Kreisverband gab's nicht nur am Geburtstag durch den Kreisvorsitzenden am Grill im Sommergarten, sondern auch bei vielen Veranstaltungen durch Räumlichkeiten oder Veröffentlichungen per Handzettel, im Internet und der „PaS“.

Doch obwohl die zehn AG-Mitglieder sich mit frischen Ideen und jugendlichem Feuer ins Zeug legen, können sie „Nachwuchs“ gut gebrauchen – gern auch reiferen. Wer Lust hat, in die AG-Arbeit einfach mal hineinzuschnuppern oder sich aktiv für Senioren stark zu machen, melde sich einfach beim Kreisvorstand unter (0331) 2000 933 oder info@potsdam-dielinke.de.

- ed

Eine stolze Bilanz

Gründung im März 1991 als „AG Veteranen“, später „AG Seniorenpolitik beim Kreisvorstand der PDS“ - Leitung Herbert Pietschmann, später Siegfried Schubert und seit 1996 Horst Klett, erste Veranstaltung: „Potsdam und die Preußen – und die PDS“,

Arbeitsschwerpunkte:

- Engagement für Rentengerechtigkeit, in den 90-igern Prüfung von Rentenbescheiden und Beratung zur Rechtsdurchsetzung, teilweise mit Warteschlangen
- „Seniorenklub“ als regelmäßiger Treff für den Austausch über Po-

litik, Wissenschaft und Kultur mit Prominenten wie Otto Wiesner, Anita Tack, Walter Ruge, Lothar Bisky, Walter Flegel und Hans-Jürgen Scharfenberg, oft in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

- Information der Potsdamer zu rechtlichen und gesundheitlichen Seniorenfragen bei Veranstaltungen wie dem 1. Mai, dem Sommerfest der LINKEN, der Seniorenwoche und Messen sowie auf Handzetteln, im Internet und der Zeitung des Kreisverbands, darüber hinaus öffentliche politische Positionierun-

gen wie zur Rentenpolitik oder zu neofaschistischen Anschlägen

- Seniorenreisen mit Gleichgesinnten, darunter nach Paris zum Pressefest der 1^{er} Humanité, anlässlich des Internationalen Frauentags oder nach Elgersburg, bis Juni 2000 rund 300 Reisen mit mehr als 12.000 Teilnehmern
- Unterhaltsame Begegnungen im „Sommergarten“ mit Kuchen und Grill, unter anderem mit satirischen Programmen und Künstlern wie Karl Gass, Günther Herlt, Vera und Klaus Küchenmeister

(Auszug aus: Zwanzig Jahre AG Senioren der Potsdamer Linken, Broschüre des KV)

»KRISTINA-SCHRÖDER-BILDUNGSABO«

BILDUNGSANGEBOT
1/2 Jahr noch nur
99€

FAHNDUNG

Achtung bewaffnet: Mit kritischem Denken!

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend warnt vor der Tageszeitung neues deutschland. Beiträge in diesem als „linksradikalistische“ eingestuftem Medium unterstützen kommunistische bzw. anarchistische Wettbewerbs- und diskreditieren zugleich gegnerliche Nachrichten als übergriffligen Manipulationszusammenhang-.



Siegfried Schubert (SPD), Chefredakteur, grüßte den Linken, ist aber, dass in der alten Bundesrepublik nicht alles schwarz war.



Jürgen Böttcher (SPD), Chefredakteur, grüßte den Linken, ist aber, dass in der alten Bundesrepublik nicht alles schwarz war.



Karsten Wessner (SPD), Kulturredakteur, setzt sich im Interview und Social media bei der Arbeit Linken über die Geldrevolution.

Bundesministerin Kristina Schröder bittet alle Bürgerinnen und Bürger um Mithilfe, die Tageszeitung neues deutschland zu ergreifen! Am besten im »Kristina-Schröder-Bildungsabo« - 6 Monate »neu« lesen, für nur 99 €. Die Belieferung endet automatisch.

neues deutschland
Krisenlinie
Presse-Mailing-Liste
0331 2000 933

Tel.
0331 20 78 28 00

Internet:
neues.deutschland.de/fo

neues deutschland
DRUCK VON LINKEN

Potsdamer Frauen zum 8. März

Tropfen auf den heißen Stein



„Solange es gesellschaftlich akzeptierten Sexismus gibt, muss es auch einen Frauentag geben. 50 Jahre Emanzipation sind der Tropfen auf dem heißen Stein des jahrtausendealten Patriarchats.“

Bianca Bastian, Studierende, Fachrichtung Geschichte

Ein Tag der besonderen Art



„Frauentag heute ist für mich Mahnung, dass wir auch in Deutschland noch eine Menge zu tun haben, bis Frauen wirklich gleichberechtigt in Wirtschaft, Forschung, Verwaltung und Politik teilnehmen können. Und Frauentag ist für mich morgens Nelken verteilen in Unternehmen und auf der Straße sowie nachmittags Besuch von Frauentagsfeiern der Generation Ü-50. Also immer noch ein Tag der besonderen Art.“

Margitta Mächtigt, MdL, DIE LINKE

Gleiche Rechte – gleiche Ansprüche

„Obwohl das bei vielen gewohnte 'Kaffeetrinken und Kuchenessen'

immer ganz unterhaltsam und festlich ist, geht es im Kern um grundlegende Sachen: Gleiche Rechte und gleiche Ansprüche für alle, egal ob Mann oder Frau. Wenn in Deutschland Frauen im Schnitt bei gleicher Anforderung etwa ein Viertel weniger verdienen, ist das



ganz und gar nicht hinzunehmen. Unser Blick sollte auch weiter gehen, und wir sollten sehen, wie schwer es Frauen in anderen Ländern und Kulturkreisen haben. Die Frage lautet daher: Welches Selbstverständnis, welches Menschenbild hat eine Gesellschaft.“

Dr. Karin Schröter, Referentin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Umdenken in der Gesellschaft

„Manchmal frage ich mich, ob Männer wirklich so einfach gestrickt sind. Würden Männer sich wirklich gleichberechtigt und anerkannt fühlen, wenn sie zwar an 364 Tagen im Jahr den Haushalt organisieren, die Familie behüten



und für die Hälfte des Lohnes arbeiten gehen würden, dafür aber an einem Tag im Jahr von den

netten Kolleginnen eine Rose geschenkt und ein paar nette Worte gesagt bekämen? Wir brauchen keinen Frauentag als Ritual. Wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft.“

Maria Strauß, Persönliche Referentin des Finanzministers

Es gibt noch viel zu tun

„Die Diskussion über die Rolle der Frauen in der Gesellschaft brauchen wir heute wie damals - unbedingt. Solange es keine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit von Frauen und Männern gibt, solange es überwiegend von Männern beherrschte Leitungspositionen gibt und wenig gefragt wird warum das so ist, wenn das Phänomen des alleinerziehenden Vaters für Schlagzeilen in der Presse sorgt aber die alleinerziehende Mutter



mit Vollzeitjob als soziale Risikogruppe bewertet wird, die die Sozialbudgets der Kommunen belastet und in Betrieben Frauen nach der Babypause nicht so gern wieder eingestellt werden bzw. lieber gleich männliche Kollegen bevorzugt werden solange brauchen wir den Frauentag als Möglichkeit, sich zur Thematik zu artikulieren und zwar am besten gemeinsam - Frauen und Männer. Es gibt viel zu tun, wir sollten es tun!“

Gabriele Herzel, SVV Potsdam, DIE LINKE

Internationaler Frauentag?

– Aber JA!

„Valentinstag war am 14. Februar, Muttertag ist Anfang Mai – wozu brauchen wir da noch einen Internationalen Frauentag?! Falsch gedacht! Politisch gedacht muss es heißen: Wir feiern den Internationalen Frauentag am 8. März, um seit über 100 Jahren Mädchen, Mütter, Frauen generell zu ehren, wozu brauchen wir die anderen Termine?!



Wir wissen, dass dieser Internationale Frauentag eine Geschichte hat. Wir wissen, dass Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, gleiche Bildungschancen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und ein insgesamt selbstbestimmtes Leben für Frauen hart erkämpft worden waren. Und wir hatten uns in der DDR so an dieses gleichberechtigte Miteinander in der Familie und im Freundes- und Kollegenkreis gewöhnt, dass wir seine Bedeutung erst richtig wertschätzen lernten, als uns diesbezüglich mit der Wende die Vergangenheit wieder einholte mit ungleichen Bildungschancen, mit ungleichen Löhnen und Renten, mit ungleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und einem insgesamt rückwärts gerichteten Verständnis der Rolle der Frau.

Fazit: Mehr denn je ist es nötig, den Internationalen Frauentag am 8. März als Kampftag für die umfassenden Rechte der Frauen auf der ganzen Welt zu begehen!“

**Hella Drohla
Vorsitzende der BO 56**

Wir wollen Brot und Rosen

Der Internationale Frauentag in seiner heutigen Form verbindet verschiedene Traditionen und Erfahrungen aus verschiedenen Ländern. 1912 entstand die Streik-Parole „Brot und Rosen“ US-amerikanischer Textilarbeiterinnen, die nicht nur mehr Lohn (Brot), sondern auch eine menschenwürdige Arbeits- und Lebensumgebung (Rosen) fordert.

Brot steht für:

Recht auf Arbeit
Gerechte Entlohnung
Gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen
Menschgerechte Arbeitsbedingungen
Berufliche Entfaltung und Fortentwicklung
Eigenständige soziale Sicherung für die Frau

Rosen steht für:

Die Möglichkeit mit Kindern zu leben und berufstätig zu sein
Familiengerechte Arbeitszeiten
Die Befriedigung kultureller Bedürfnisse
Eine menschenwürdige Wohn- und Lebensumwelt
Die gleichberechtigte Teilhabe von Männern an Hausarbeit und Kindererziehung
Humane Politikformen
Toleranz
Frieden

Diese Forderungen haben bis zum heutigen Tage nicht an Aktualität verloren.

Internationaler Frauentag – weiter aktuell

Auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 schlug Clara Zetkin einen Internationalen Frauentag vor, der auf die Situation der Frauen aufmerksam machen sollte. Der erste Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen während der Märzrevolution 1848. Außerdem hatte auch die Pariser Kommune 1871 im März begonnen. Eine Festlegung auf

den 8. März erfolgte 1921 durch einen Beschluss der Zweiten Kommunistischen Frauenkonferenz in Moskau.

Damalige Forderungen der Sozialistinnen waren: Kampf gegen Kriege, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Achtstundentag, Arbeitsschutzgesetz, Ausreichender Mutter- und Kinderschutz, gleicher Arbeitslohn bei gleicher Arbeitsleistung und Festsetzung von Mindestlöhnen.

Nach Hitlers Machtergreifung 1933 wurde in Deutschland auch der Internationale Frauentag verboten. Stattdessen wurde durch die Machthaber ein Muttertag erkoren, der Frauen, ganz auf die

Bedürfnisse des Naziregimes eingestellt, bestärken sollte. Erst nach dem Ende der Nazidiktatur 1945 konnte der Frauentag wieder eingeführt werden.

In der 1949 gegründeten DDR wurde der Tag als Feier der gesellschaftlichen Befreiung der Frauen angesehen. In den Fünfziger Jahren war die berufliche und gesellschaftliche Gleichstellung in der DDR erreicht. In der BRD jedoch wurde Frauen das Recht auf Arbeit vorenthalten, das Recht auf Abtreibung, das Recht jeden Beruf zu erlernen und auszuüben, das Scheidungsrecht benachteiligte die Frau wegen des Schuldprinzips. In den 70ern der BRD kämpften

die Frauen für das Recht auf Abtreibung, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Rechte von Lesben, gegen Sexismus, gegen lasche Vergewaltigungsgesetze, für verbesserte medizinische Versorgung und anderes.

Und 2012 – 101 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag? Solange Frauen nicht als gleichwertige und gleichrangige Menschen angesehen werden – braucht es eine Frauenbewegung und einen Frauentag – in Deutschland und weltweit –, um diese und andere Missstände weiterhin aufzuzeigen und zu bekämpfen.

-red/bm

Sudoku

		9				3		
6		8		5		4		
1	2					7	8	
5		6		7		9		
2		4		8				7
3		5		2		6		
6	8						2	3
9		1		6			8	
	4					9		

Auflösung Januar

6	3	2	9	5	4	8	7	1
7	5	4	8	2	1	6	3	9
9	8	1	7	6	3	2	5	4
5	6	3	1	9	8	4	2	7
2	1	7	3	4	5	9	8	6
4	9	8	6	7	2	5	1	3
3	2	6	4	8	7	1	9	5
8	7	9	5	1	6	3	4	2
1	4	5	2	3	9	7	6	8

Kurz-weiliger Rückblick

Dass es am 11. Februar eng werden könnte im Haus in der Alleestraße, das war schon zu erwarten. Dass aus der traditionellen Lesecke eine Filmcke wurde, war eher eine Überraschung. Zu Gast war Rudi Kurz, der berühmte und bekannte Regisseur so genannter "Straßenfeger", die im vorigen Leben Einschaltquoten erzielten von denen Casting- und Dschungelkompteure heute nicht einmal träumen. Titel wie „Das unsichtbare Visier“ oder „Das grüne Ungeheuer“ waren nicht nur künstlerisch hervorragend umgesetzt, sondern auch blendend besetzt. Die Filmmusik ist heute noch ein Ohrwurm. Wer hat nicht sofort die Komposition „Tentakel“ von Walter Kubiczek im Ohr?!

Kein Wunder, dass man im Raum nicht nur Schauspieler, sondern auch Maskenbildner, Filmtechniker aus Babelsberg und gar einen Aufnahmeleiter aus der Crew des Meisters antraf. Ein Familientreffen. Und der Familienvater, inzwischen einundneunzig Jahre alt, erinnerte sich an alle, die da kamen. Dann



Viele Mitstreiter aus DEFA-Zeiten waren dabei. Unser Foto: Rudi Kurz und Jürgen Zartmann (l.). Foto: R. Frank

gab es nach einem vom Moderator taktisch gewählten Aufhänger einen "kurz"-weiligen Rückblick auf ein erfülltes Leben aus dem Stegreif. Ohne Drehbuch und Schnittcomputer. Im Grunde auch eine Ehrung für den hundertjährigen Film-Standort Babelsberg.

Aufhänger für Kurz war die Behauptung im RBB, dass es sich um einen geheimnisvollen Ort handele. Rudi Kurz enthüllte und ergänzte. Dass es sich zum Beispiel bei den südamerikanischen, also devisenträchtigen Originalschauplätzen eher um Orte in Bulgarien

oder Rumänien handelte, dass man als Regisseur darauf zu achten hatte, dass die Beleuchter den Strom erst dann aus dem Netz saugten, wenn im benachbarten Karl-Marx-Werk Feierabend war. Dass man sich bekannte Aktrizen mit anderen Kollegen teilen musste, dass solche Größen wie Lilli Palmer stets einen geheimnisvollen Koffer in der Nähe hatten, der einem Reinlichkeitsbedürfnis geschuldet war, das selbst die hochfrequentierten Sanitäreinrichtungen der Studios erträglich machte. Dann gab es doch noch zwei Geschichten aus dem Buch, alle stehend vorgetragen, und geduldig beantwortete Fragen und Bemerkungen.

Eine sehr kurzweilige und lehrreiche Stunde mit einem kleinen großen Mann. Der allerdings ein Geheimnis für sich behielt. Die interessierte Frage, wie oft wohl die Duschszene mit der wunderschönen Kati Székely in der Rolle als Chabelita gedreht wurde, blieb unbeantwortet...

Lutz-R. Schöning

Am Himmelfahrtstag ins Wildgehege

Im März nach vorn zu schauen auf den Frühlingsmonat Mai erlaubt jetzt schon, an den Himmelfahrtstag zu denken. An eine langjährige Tradition anknüpfend lädt auch in diesem Jahr der Kreisvorstand der LINKEN zu einem gemeinsamen Wandertag ein. Per Bus wollen wir in das Glauer Tal bei Blankensee fahren, also in den Nuthe – Nieplitz – Naturpark. Eine geführte Wanderung durch das 160 ha große Wildgehege über wählbare Strecken zwischen 2 und 6 km mit frei umherlaufendem Rot- und Dammwild und einer Mufflonherde wird den Vormittag ausfüllen. Nach einem ge-



meinsamen Mittagessen direkt am Naturparkzentrum fahren wir zurück und werden gegen 15.00 Uhr wieder in Potsdam ankommen.

Verbindliche Einzelheiten werden in der April-Ausgabe mitgeteilt. Vorläufig planen wir die Abfahrt 9.00 Uhr ab Hauptbahnhof Potsdam, Bussteg rechts für Reisebusse. Der Unkostenbeitrag beträgt 5,00 Euro p.P. Wegen der nur 50 verfügbaren Busplätze bitten wir diesmal um eine Voranmeldung zum Wandertag unter Tel. 0331/ 87 29 33 oder beim Kreisvorstand (0331/2000933).

Wir freuen uns auf Euch!
Hella und Rudolf Drohla

Liebe, Ehe und andere Katastrophen

Gabriele Stave in der Lesecke in der Alleestraße

Mit dem Programm „Mach Kartoffelpuffer, Marta! - Liebe, Ehe und andere Katastrophen“ gastiert am Sonnabend, dem 10. März, die Schriftstellerin und Journalistin Gabriele Stave im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche im Haus der Partei in Potsdam. Sie wird dem „fröhlichen“ Anlass Frauentag gemäß lustige, satirische und auch ein paar schwarzhumorige Geschichten zum Geschlechterkrieg vortragen. Dazu wird es Akkordeonmusik und Gesang zu eben diesem heißen Thema geben. Ein wenig wird dabei in die „Mottenkiste“ der Couplets und Berliner Balladen gegriffen.

Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr und ist für alle Interessierten frei.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 05.03.2012, 14.30 Uhr:

„Irland – die grüne Insel“ Teil 3: Der Norden mit Gerald Meister und Ingrid Püschel.*

Dienstag, 06.03.2012, 14.30 Uhr:

„Spiel mir eine alte Melodie ...“ mit Gerald Meister.*

Sonntag, 11.03.2012, 10.00 Uhr:

Frühshoppen „Rathausreport live“ im Bürgertreff Waldstadt, Saarmunder Straße 32, Stadtteil Waldstadt II

Montag, 12. März 2012, 14.30 Uhr:

Filmmittag mit Werner Oelschlägel*

Dienstag, 13.03.2012:

Sicherheit für Senioren als Verkehrsteil-

nehmer. Zu Gast: Vertreter der Verkehrswacht Potsdam e.V. Ort: Alleestraße 3

Donnerstag, 15.03.2012, 18.00 – 20.00 Uhr:

„Osttermin“ - im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte lädt Roland Claus für die Bundestagsfraktion DIE LINKE zu einer Neuauflage der erfolgreichen Reihe „Osttermin“ ein und befragt eine(n) Ostdeutsche(n) und eine(n) Westdeutsche(n) zu ihren Erfahrungen mit Ostdeutschland. Gäste werden diesmal Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburgischen Landtag, und Carl Friedrich Holtmann, Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, sein.

Freitag, 16.03.2012, 08.00 – 12.00 Uhr: Ausgabe: Rathausreport Nr. 2/2012. Stadthaus, Raum 3.107.

Freitag, 16.03.2012:

Info-Stände in den Stadtteilen – 14.30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern, 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz, 16.00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II

Sonntag, 17.03.2012:

Info-Stände in den Stadtteilen – 10.00 Uhr Weberplatz / Babelsberg, 10.00 Uhr REWE-Kaufhalle / Zentrum Ost, 10.30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld

Montag, 19.03.2012, 14.30 Uhr:

„Eine Kreuzfahrt nach Südamerika“, Teil 3. Eine Video-Reise mit Karl Kreutz.*

Dienstag, 20.03.2012, 14.00 Uhr:

„Musikalischer Rätselnachmittag zum Frühlingsanfang“ mit Manfred Bischoff.*

Montag, 26.03.2012, 14.30 Uhr:

„Andalusien – das maurische Spanien“. Eine Fotoreise mit Walter Heller.*

Dienstag, 27.03.2012, 14.30 Uhr:

Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost*

Donnerstag, 29.03.2012, 19.00-21.00:

„Jüdisches Leben in Babelsberg“ mit Dr. Almuth Püschel und Dr. Wolfgang Weißleder Kulturhaus Babelsberg

Donnerstag, 29.03.2012, 18.00 Uhr:

DIE LINKE trifft...Military Studies („Militärstudien“). In Potsdam ist es möglich, Militärstudien zu studieren, was schon bei der Gründung für Proteste gesorgt hat und stets im Verdacht ist, eine Militarisierung der Politik intellektuell zu legiti-

mieren und zu flankieren. Was dort genau gelehrt wird, ist allerdings oft unklar. Darum aber soll es hierbei gehen. Ort: Geschäftsstelle der LINKEN, Alleestraße 3

Freitag, 30.03.2012, 19.00 Uhr:

Kabarett mit „maerkWüridig“, Königswusterhausen, im STERN*Zeichen, Galileostraße Am Stern.

Sonntag, 31.03.2012, ab 14.00 Uhr:

11. Potsdamer Ostermarsch für eine atomwaffenfrei Welt ohne Krieg - gegen Faschismus, Armut und soziale Ausgrenzung. Start: am Brandenburger Tor

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonstraße im Zentrum-Ost